



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Europatauglichkeit des Landtages weiter ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die „Wolfsburger Erklärung“ der bundesdeutschen und österreichischen Landtagspräsidentinnen und -präsidenten vom 7. Juni 2011.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Integrationsverantwortung und Europatauglichkeit des Landtages weiter auszubauen:
 - a) Einführung eines halbjährlichen Berichts zu europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung,
 - b) Aufnahme einer Bindung der Landesregierung an Stellungnahmen des Landtages in der Landesverfassung als Umsetzung der „Stuttgarter Erklärung“ der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten von 2010,
 - c) Verstärkung der Kooperation zwischen den Vertretungen des Landes in Berlin und Brüssel für eine frühzeitigere Information zu Gesetzesvorhaben,
 - d) Unterstützung des Landtages beim Frühwarnmechanismus durch Bekanntgabe von Subsidiaritätsrügen oder -klagen durch die Landesregierung,
 - e) Unterstützung der Kommunen in EU-Angelegenheiten durch die Landesregierung bei der Einrichtung von EU-Referaten sowie den Ausbau europapolitischer Weiterbildungen über die Landeszentrale für politische Bildung.

Begründung

Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der bundesdeutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages, des Bundesrates sowie des Südtiroler Landtags vom 5. bis 7. Juni 2011 verabschiedete eine „Wolfsbur-

(Ausgegeben am 29.06.2011)

ger Erklärung“. In dieser werden die Landesparlamente als „wesentliches Glied im parlamentarischen Mehrebenensystem der Europäischen Union“ hervorgehoben. Wie bereits in vorangegangenen Erklärungen von Innsbruck (2005), Düsseldorf (2007) und Stuttgart (2010) wird auf die Notwendigkeit einer frühzeitigen Einbindung der Landesparlamente in die Strategien und Maßnahmen der Europäischen Union (EU) verwiesen. Zugleich wollten die Länderparlamente – gemeinsam mit den Kommunen – „wesentliche Impulse bei den Entscheidungsprozessen der EU selbst setzen“. Um diesen zu begrüßenden Anspruch umzusetzen, bedarf es weiterer Verbesserungen für die „Europatauglichkeit“, oder wie es seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon heißt, für die „Integrationsverantwortung“ des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender